

# Leistungsvertrag

zwischen

1. dem **Kanton Bern**, handelnd durch den Regierungsrat
2. der **Stadt Bern**, handelnd durch den Gemeinderat
3. der **Regionalkonferenz Bern-Mittelland**, handelnd durch die Kommission Kultur

(nachfolgend Beitragsgeber)

und

dem **Verein Kornhausforum** (nachfolgend Verein), Kornhausplatz 18, 3000 Bern 7, handelnd durch den Vorstand

## betreffend Betriebsbeiträge 2016–2019

### 1. Kapitel: Grundlagen

#### Art. 1 Rechtliche Grundlagen

Der vorliegende Leistungsvertrag stützt sich auf folgende rechtliche Grundlagen:

- die Artikel 5, 7, 12–14, 18, 19 und 21–23 des Kantonalen Kulturförderungsgesetzes vom 12. Juni 2012<sup>1</sup>;
- die Artikel 8–13 der Kantonalen Kulturförderungsverordnung vom 13. November 2013<sup>2</sup>;
- das Reglement der Stadt Bern vom 30. Januar 2003<sup>3</sup> für die Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Dritte und den Abschluss von Leistungsverträgen;
- die Verordnung der Stadt Bern vom 7. Mai 2003<sup>4</sup> für die Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Dritte und den Abschluss von Leistungsverträgen.

#### Art. 2 Zweck und Tätigkeitsbereich des Vereins

Der Verein betreibt das Kornhausforum im gesamten ersten Obergeschoss und auf der Galerie des zweiten Geschosses des Kornhaus Bern und thematisiert die Bereiche Fotografie, Architektur und Design sowohl fachlich als auch in ihrem gesellschafts- und kulturpolitischen Umfeld.

#### Art. 3 Vertragsgegenstand

Der Vertrag regelt die finanzielle Unterstützung des Vereins durch die Beitragsgeber und die damit verbundenen Rechte und Pflichten der Vertragsparteien.

---

<sup>1</sup> KKFG; BSG 423.11

<sup>2</sup> KKFV; BSG 423.411.1

<sup>3</sup> Übertragungsreglement (UeR); SSSB 152.03

<sup>4</sup> Übertragungsverordnung (UeV); SSSB 152.031

## **2. Kapitel: Leistungen und Pflichten des Vereins**

### **Art. 4 Leistungen des Vereins**

<sup>1</sup> Der Verein programmiert pro Jahr mindestens 6 Ausstellungen im Stadtsaal und auf der Galerie zu Schwerpunktthemen aus Fotografie, Architektur und Design sowie regelmässig Veranstaltungen zu Stadtentwicklung, Raumplanung, regionale Zusammenarbeit und weiteren gesellschaftspolitischen Themen. Mindestens 3 Ausstellungen sind Eigenproduktionen, bei den anderen arbeitet der Verein mit Partnerorganisationen und -institutionen sowie externen Stellen und Organisatoren zusammen. Ausstellungen und Veranstaltungen sind in der Regel unentgeltlich zugänglich.

<sup>2</sup> Er vermietet die Räumlichkeiten an Dritte für kulturelle Aktivitäten, öffentliche Anlässe und weitere Nutzungen (Sitzungen/Versammlungen/Seminare). Er vermietet entsprechend seiner Möglichkeiten die Räumlichkeiten an Dienststellen von Stadt, Region, Kanton und Bund für deren Veranstaltungen.

### **Art. 5 Zugang zu den Veranstaltungen**

<sup>1</sup> Der Verein gewährleistet, dass die Veranstaltungen im Kornhausforum allen Personen in vergleichbarer Weise offen stehen. Er unterlässt dabei jegliche Diskriminierungen.

<sup>2</sup> Der Verein erleichtert Menschen mit Behinderungen den Zugang zu den Veranstaltungen.

<sup>3</sup> Er gewährt Inhaberinnen und Inhabern der Kulturlegi, Studierenden und Lernenden bei kostenpflichtigen Veranstaltungen reduzierte Eintrittspreise.

### **Art. 6 Informationsverhalten**

Der Verein weist in seinen Publikationen auf die von den Beitragsgebern gewährte Unterstützung hin.

### **Art. 7 Zusammenarbeit**

Der Verein beteiligt sich an gemeinsam mit anderen Berner Kulturinstitutionen organisierten Veranstaltungen und Festivals.

### **Art. 8 Besucherherkunftserhebung**

Der Verein beteiligt sich an der von der zuständigen Stelle der Stadt Bern alle vier Jahre durchgeführten Besucherherkunftserhebung.

### **Art. 9 Umweltschutz**

Der Verein verpflichtet sich zu einem achtsamen Umgang mit der Umwelt.

### 3. Kapitel: Personelles und Gleichstellung

#### Art. 10 Anstellungsbedingungen

<sup>1</sup> Bei der Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse hält sich der Verein an die branchenüblichen Anstellungsbedingungen.

<sup>2</sup> In der Zusammenarbeit mit Freiwilligen orientiert sich der Verein an den Standards der Freiwilligenarbeit von BENEVOL.

#### Art. 11 Entschädigungen

Bei Entschädigungen der Kulturschaffenden beachtet der Verein die Richtgagen und Richtlöhne der entsprechenden Verbände.

#### Art. 12 Gleichstellung

<sup>1</sup> Der Verein hält die Vorschriften des Bundesgesetzes vom 24. März 1995<sup>5</sup> über die Gleichstellung von Frau und Mann ein.

<sup>2</sup> Er kann verpflichtet werden, einen Nachweis über die Einhaltung der Lohngleichheit zu erbringen.

<sup>3</sup> Er trifft geeignete Massnahmen zur Verhinderung sexueller Belästigung.

<sup>4</sup> Bei der Zusammensetzung des Vorstands sorgt der Verein für die angemessene Vertretung (mindestens 30 Prozent) der Geschlechter.

#### Art. 13 Diskriminierungsverbot

Der Verein beachtet das Diskriminierungsverbot von Artikel 8 Absatz 2 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999<sup>6</sup> und garantiert eine diskriminierungsfreie Personalpolitik.

### 4. Kapitel: Finanzielles

#### Art. 14 Betriebsbeitrag

<sup>1</sup> Die Beitragsgeber unterstützen die Leistungen des Vereins gemäss Artikel 4 mit einem jährlichen Betriebsbeitrag von

**Fr. 760 000.00**

<sup>2</sup> Während der Vertragsdauer erfolgt keine teuerungsbedingte Anpassung des Beitrags.

<sup>3</sup> Die Auszahlung erfolgt nach einem vereinbarten Auszahlungsplan.

#### Art. 15 Beiträge der einzelnen Beitragsgeber

<sup>1</sup> Vom Betriebsbeitrag nach Artikel 14 übernehmen

---

<sup>5</sup> Gleichstellungsgesetz (GIG); SR 151.1

<sup>6</sup> BV; SR 101

- a die Stadt Bern 48 Prozent, d.h. Fr. 364 800.00
- b der Kanton Bern 40 Prozent, d.h. Fr. 304 000.00
- c die Gemeinden der Regionalkonferenz Bern-Mittelland 12 Prozent, d.h. Fr. 91 200.00

<sup>2</sup> Die Anteile der einzelnen Gemeinden der Regionalkonferenz Bern-Mittelland ergeben sich aus dem Anhang.

#### **Art. 16** Überschüsse und Fehlbeträge

<sup>1</sup> Überschüsse und Fehlbeträge sind Sache des Vereins.

<sup>2</sup> Der Verein weist über den Zeitraum dieses Vertrags ein mindestens ausgeglichenes Rechnungsergebnis aus.

#### **Art. 17** Verwendung der Mittel

<sup>1</sup> Der Verein verpflichtet sich, die gewährten Mittel nur für die in Artikel 4 genannten Leistungen zu verwenden.

<sup>2</sup> Ein Betrag von jährlich Fr. 409 000.00 muss für den von Immobilien Stadt Bern erhobenen Mietzins verwendet werden.

#### **Art. 18** Eigenleistungen

<sup>1</sup> Der Verein verpflichtet sich, Eigenmittel aus Vermietungen und weiteren Einnahmen zu generieren.

<sup>2</sup> Er verpflichtet sich zudem, Dritte zur Mitfinanzierung heranzuziehen und diese Möglichkeit bestmöglich auszuschöpfen.

<sup>3</sup> Von den subventionierten Institutionen wird erwartet, dass sie einen Kostendeckungsgrad von mindestens 20 Prozent erreichen. In der Vertragsperiode 2016-2019 strebt der Verein einen Kostendeckungsgrad von 25 Prozent an. Der Kostendeckungsgrad errechnet sich wie folgt: Gesamtertrag aus den Leistungen gemäss Art. 4 abzüglich des Betriebsbeitrags gemäss Art. 14 im Verhältnis zum Gesamtaufwand für die Erbringung der Leistungen gemäss Art. 4.

### **5. Kapitel: Qualitätssicherung**

#### **Art. 19** Aufsichts- und Kontrollrechte

<sup>1</sup> Die Stadt Bern ist für die Aufsicht und Kontrolle der Vertragserfüllung zuständig. Sie informiert die übrigen Beitragsgeber über die Erkenntnisse gemäss Artikel 20–22 und leitet ihnen sämtliche Unterlagen weiter.

<sup>2</sup> Sie ist berechtigt, im Rahmen ihrer Aufsichtsbefugnisse Auskünfte zu verlangen und in alle erforderlichen Unterlagen (Buchhaltung, Lohnabrechnung, Statistiken etc.) Einsicht zu nehmen. Sie beachtet dabei den Persönlichkeitsschutz.

<sup>3</sup> Der Verein erteilt dem Finanzinspektorat der Stadt Bern sowie der kantonalen Finanzkontrolle auf Verlangen hin alle erforderlichen Auskünfte und gewährt Einsicht in die Akten sowie Zutritt zu den erforderlichen Räumlichkeiten.

#### **Art. 20** Evaluationsgespräch

<sup>1</sup> Die Beitragsgeber führen mit dem Verein mindestens alle zwei Jahre ein Evaluationsgespräch durch. Sie stellen zu diesem Zweck ein Evaluationsgremium zusammen.

<sup>2</sup> Vorgängig zum Gespräch orientiert der Verein schriftlich über den Vollzug des Leistungsvertrags. Die Berichterstattung erfolgt nach einem festgelegten Schema und enthält insbesondere Angaben über die erbrachten Leistungen und die Erreichung von selbstgewählten Zielen.

<sup>3</sup> Die Mitglieder des Evaluationsgremiums sowie eine Begleitperson haben im Rahmen der Leistungsüberprüfung freien Eintritt zu den Veranstaltungen in Bern. Die Besuche sind mindestens eine Woche vorher anzumelden.

#### **Art. 21** Rechnungslegung

<sup>1</sup> Der Verein erstellt eine Gesamtbuchhaltung nach den Bestimmungen von Artikel 957ff. des Schweizerischen Obligationenrechts vom 30. März 1911<sup>7</sup>.

<sup>2</sup> Er unterbreitet der Stadt Bern jährlich vier Monate nach Abschluss des Geschäftsjahres zur Kenntnisnahme das Budget für das laufende Jahr sowie die von der Revisionsstelle geprüfte und von den zuständigen Organen unterzeichnete Jahresrechnung samt Jahresbericht, Bestätigungsbericht sowie allfälliger weiterer Berichte der Revisionsstelle.

<sup>3</sup> Die Stadt Bern kann Vorschriften zur Darstellung von Jahresrechnung und Bilanz machen.

<sup>4</sup> In der Jahresrechnung sind auch der erreichte Kostendeckungsgrad und die von Dritten erhaltenen Mittel auszuweisen.

#### **Art. 22** Weitere Informationspflichten

Der Verein orientiert die Stadt Bern umgehend über besondere Vorkommnisse, die für die Erfüllung dieses Vertrags von Bedeutung sein können, den Erlass und die Änderung von Statuten, Leitbildern oder Reglementen.

### **6. Kapitel: Leistungsstörungen und Vertragsstreitigkeiten**

#### **Art. 23** Vorgehen bei Leistungsstörungen

<sup>1</sup> Bei Vorliegen einer Streitigkeit in Bezug auf die Auslegung und Einhaltung dieses Vertrags sind die Parteien verpflichtet, sofort zu verhandeln.

<sup>2</sup> Sie bemühen sich, die Folgen der Leistungsstörung einvernehmlich und sachgerecht zu regeln. Subsidiär gelten die nachfolgenden Bestimmungen über Leistungskürzung und Rückerstattung (Art. 24) und vorzeitige Vertragsauflösung (Art. 25). Den Parteien steht dabei der Rechtsweg nach dem kantonalen Gesetz vom 23. Mai 1989<sup>8</sup> über die Verwaltungsrechtspflege offen.

#### **Art. 24** Leistungskürzung und Rückerstattung bereits erbrachter Leistungen

<sup>1</sup> Erfüllt der Verein den Vertrag nicht oder mangelhaft, so können die Beitragsgeber ihren Betriebsbeitrag verweigern bzw. angemessen kürzen.

<sup>2</sup> Unter denselben Voraussetzungen können sie bereits überwiesene Beiträge zurückfordern.

#### **Art. 25** Vorzeitige Vertragsauflösung

<sup>1</sup> Bei wesentlichen Vertragsverletzungen kann dieser Vertrag von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist jeweils auf ein Monatsende gekündigt werden.

---

<sup>7</sup> OR; SR 220

<sup>8</sup> VRPG; BSG 155.21

<sup>2</sup> Von Seiten der Beitragsgeber kann dieser Vertrag unter Einhaltung der Frist nach Absatz 1 zudem aus folgenden ausservertraglichen Gründen gekündigt werden:

- a. wenn der Verein falsche Auskünfte erteilt hat;
- b. wenn der Verein Steuern oder Sozialabgaben nicht bezahlt hat;
- c. wenn der Verein weiteren finanziellen Verpflichtungen gegenüber einem der Beitragsgeber nicht nachkommt;
- d. wenn der Verein von Gesetzes wegen (Art. 77f. Zivilgesetzbuch) oder durch Beschluss aufgelöst wird.

## **7. Kapitel: Schlussbestimmungen**

### **Art. 26** Inkrafttreten und Vertragsdauer

<sup>1</sup> Dieser Vertrag tritt mit der Genehmigung durch den Verein, durch das zuständige Organ der Stadt Bern, durch die Regionalversammlung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland und durch den Regierungsrat am 1. Januar 2016 in Kraft.

<sup>2</sup> Der Vertrag gilt unter Vorbehalt von Artikel 25 bis am 31. Dezember 2019.

<sup>3</sup> Er wird in fünffacher Fassung ausgeführt.

<sup>4</sup> Die Parteien erklären die Absicht, rechtzeitig vor dem Ende der Laufzeit Verhandlungen über den Abschluss eines Folgevertrags aufzunehmen.

<sup>5</sup> Kommt ein Folgevertrag nicht rechtzeitig zustande, so können der Regierungsrat, der Gemeinderat und die Kommission Kultur der Regionalkonferenz Bern-Mittelland gemeinsam beschliessen, die Geltungsdauer des Vertrags um ein Jahr zu verlängern.

